

LVBS informiert:

Zum aktuellen politischen Tagesgeschehen: Wie geht es weiter?

Diese Frage ergibt sich nach der Bundestagswahl und dem überraschenden Rücktritt Sachsens Kultusministerin Frau Brunhild Kurth. Das Thema „Politik in der Krise“, überschattet mit der Suche nach Erklärungen, dominiert das Tagesgeschehen. Bei genauem Zuhören der Verantwortlichen auf die Äußerungen des LVBS und dem Lesen der von uns verfassten offenen Briefe hätte es nie so weit kommen müssen.

Lange haben der LVBS gehofft, dass der Entwicklung des Todsparens im sächsischen Bildungswesens Einhalt geboten wird. Wir haben Stunden in Diskussionen investiert, aufgeklärt und dennoch vergebens auf ein Einlenken gehofft.

Offensichtlich war und ist die prekäre Situation im Bildungswesen der Landesregierung und einem Großteil der Abgeordneten immer noch nicht bewusst - spätestens 2019 kann Ignoranz folgeschwer auch für Sachsen werden. Unsere Forderungen und Hinweise zur Kenntnis nehmen, reicht nicht aus. Pragmatisches Handeln und Entscheidungen treffen, die Wirkung zeigen, sind nur unzureichend und punktuell in ausgewählten Schularten erfolgt. Mitunter verfehlen sie das angestrebte Ziel, wie die Ergebnissen der zuletzt durchgeführten schulscharfen Bewerbungen, der Eröffnung von Gewinnungszulagen für Kollegen aus anderen Bundesländern und bei der Umsetzung der Bindungszulagen nachweislich zeigen. Es wäre kurzsichtig und fehlgeleitet, die Ursachen ausschließlich der scheidenden Kultusministerin zuzuschreiben. Ohne ausreichende Ressourcen verkümmert Aktion zu reiner Reaktion. Es ist an der Zeit, dringend jetzt eine grundlegende Veränderung der Politik der vergangenen Jahrzehnte herbeizuführen. Ein neuer Kultusminister/in wird ohne Kurswechsel ebenso Schiffbruch erleiden wie Herr Wöller oder Frau Kurth, wenn nach wie vor das Finanzministerium in restriktiver Art und Weise seine Investitionen der jungen Generation vorenthält. Hier wünschte man sich einen starken Ministerpräsidenten, der deutlich macht, dass die Zukunft im Ausbau Sachsens als Bildungshochburg besteht.

Die Bildungspolitik muss wieder wahrnehmbar für die Menschen und insbesondere für Schüler und Lehrer und nicht für Quoten und Zahlen gemacht werden.

Wir erwarten vom Ministerpräsidenten Herrn Tillich, dass nicht nur das Kultusministerium eine neue starke Führungspersönlichkeit erhält, sondern echte Entscheidungsbefugnisse, um operieren und eigenverantwortlich handeln zu können. Genau diese Eigenverantwortlichkeit ist es, die derzeit vom SMK an den Schulen eingefordert wird, weil man wohl selbst handlungsunfähig und gelähmt erscheint.

Die im Moment dringlichsten drei Themen der beruflichen Bildung sind im Nachfolgenden benannt und sollten schnellstens Berücksichtigung und Eingang finden:

1. Die Belastung der im System befindlichen Lehrer muss endlich auf ein Normalmaß zurückgefahren werden. Unsere Kolleginnen und Kollegen baden die Arbeitskräftemisere aus, für die sie nicht verantwortlich sind, so als wenn sie vorher nicht ausgelastet gewesen wären. Der Lehrerberuf funktioniert nur, wenn eine Atmosphäre herrscht, die Freiräume für kreative Entfaltung ermöglicht, anstatt von Unterrichtsstunde zu Unterrichtsstunde gehetzt zu werden. Ständige Überlastung, Dynamik im Unterrichtsprozess der Lehrinhalte und kleinliche Abrechnungsmodalitäten, um noch mehr Unterrichtsstunden zu generieren



LVBS informiert:

und Kosten zu sparen, können keine Lösung sein, sondern verschärfen die Situation und führen zu Langzeitausfällen. Kontinuität, Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit, sowie Ehrlichkeit, Verlässlichkeit und Verständnis des Arbeitgebers müssen in den Schulen Einzug halten, damit Vertrauen entwickelt und Freude an einem attraktiven Beruf erzeugt werden.

2. Die unvermeidbare Einstellung von Seiten- bzw. Quereinsteigern muss finanziell, personell und zeitlich besser abgesichert werden.

Die Ausbildung von Seiteneinsteigern muss der eines grundständig ausgebildeten Lehrers entsprechen und darf keine kurzfristige „Schnellbesohlung“ darstellen.

Seiteneinsteiger müssen parallel zur Arbeit als Lehrer ausgebildet werden. Hier erwarten wir, dass für jeden Seiteneinsteiger ein wissenschaftlich und pädagogisch ausgerichtetes Unterstützungssystem angeboten und eingefordert wird, welches zielgerichtet auf die Tätigkeit als Lehrer vorbereitet.

Für die Mentoren, die in dem Prozess im Schulalltag involviert sind, müssen Bedingungen geschaffen werden, die die anspruchsvolle Begleitung bei der Qualifizierung motivierend gestalten.

3. Der Lehrernachwuchs an berufsbildenden Schulen muss zielgerichtet am individuellen Bedarf der BSZ aufgebaut werden. Bundesweite Kooperationen der Universitäten mit den Beruflichen Schulzentren sind längst überfällig. Einfache Werbung für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen alleine reicht schon lange nicht mehr.

Berufsausbildung mit eingebundenem Abitur (DuBaS) muss einerseits gefördert und ausgebaut, andererseits aber auch bei Schülern und Eltern sowie den mittelständischen Unternehmen vor Ort bekannt gemacht werden. Der Studiengang für das Höhere Lehramt an berufsbildenden Schulen muss innerhalb der Lehrerausbildung entsprechend eine Aufwertung erfahren.

Das Studium muss praxisorientierter am Beruf ausgerichtet werden, sowohl in der Fachwissenschaft als auch in pädagogischer Hinsicht.

Die Studiengänge sind auf den Schuljahresrhythmus abzustimmen, um so das in ihnen vorhandene enorme Potenzial an die Schulen zu binden und folglich der Übergang ohne Wartezeiten erfolgen kann.

Für uns steht fest, dass diese Aufgaben nicht allein durch das Kultusministerium gelöst werden können, sondern dass es eines grundsätzlichen Umdenkens in der Landesregierung bedarf. Ein „weiter so“ führt zwangsläufig auf ein stillgelegtes Gleis.

Wir schließen uns dem Tenor an, dass Sachsen nicht mehr nur verwaltet, sondern gestaltet werden muss. Investitionen gehören in die Bildung. Daran orientiert sich zukünftig die Leistungsfähigkeit des Freistaates, dessen personelle Ressourcen dem wirtschaftlichen Gefüge des Mittelstandes Stabilität verleiht.

